

BLICKPUNKT PLENUM

14. – 16. Oktober 2014

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Hessische Kommunen von Schwarz-Grün im Stich gelassen

Die SPD-Landtagsfraktion beklagte, dass die hessischen Kommunen bei der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleiches (KFA) im Stich gelassen werden. Die Berechnungen der Landesregierung beruhen auf falschen Grundlagen, in Einzelfragen seien sie nicht sachgerecht und unfair. Der tatsächliche Bedarf der Kommunen werde nicht abgedeckt. Der Staatsgerichtshof habe das Land verpflichtet, diesen Bedarf zu ermitteln und dann unabhängig von der eigenen Finanzsituation den Kommunen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Neuberechnung des KFA sei dagegen eine Enttäuschung und werde diesem Anspruch nicht gerecht. Am Anfang habe das Ergebnis bereits festgestanden: Es gibt nicht mehr Geld. Und dann sei so lange gerechnet worden bis es gepasst habe. Die schwarz-grüne Landesregierung müsse die Kommunen endlich als Partner und nicht als Gegner sehen.

SPD-Konzept zur Auflösung des Landesschulamts

Erfreut zeigte sich die SPD-Landtagsfraktion darüber, dass die Regierungsfraktion von CDU und Bündnis 90/Die Grünen das Konzept der SPD zur Auflösung des Landesschulamts übernehmen werden. Der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zur Neustrukturierung der Bildungsverwaltung unterscheidet sich lediglich in Nuancen von dem Entwurf, den die SPD-Landtagsfraktion vor der Sommerpause eingebracht hat. Die Überschneidungen sind so hoch, dass auch der SPD-Entwurf mit wenigen Änderungsanträgen hätte zum Gesetz erhoben werden können. Ebenso wie im SPD-Entwurf vorgesehen werden die Staatlichen Schulämter wieder als eigenständige Behörden aus dem Landesschulamt herausgelöst. Die übrigen Abteilungen des ehemaligen Landesschulamts, die laut SPD-Entwurf zu einem „Landesinstitut für Lehrerbildung und Qualitätsentwicklung“ firmieren sollten, gehen im Entwurf von CDU und Grünen in einer „Lehrkräfteakademie“ auf. Grundsätzlich positiv zu bewerten ist, dass nun auch die Regierungsfractionen den Irrweg der Vorgängerregierung korrigieren und das Landesschulamt spätestens im Frühjahr nächsten Jahres Geschichte ist. Damit wird auch die lange Hängepartie für die Beschäftigten beendet.

Hinsichtlich der Nuancen, die die Entwürfe unterscheiden, wie etwa der Bezeichnung „Lehrkräfteakademie“ oder der Einführung einer Kooperationspflicht für die Staatlichen Schulämter, besteht noch Klärungsbedarf. Eine Kooperation und Koordination zwischen den Schulämtern ist sinnvoll und vernünftig. Die Ämter ans Gängelband zu legen und zur Kooperation zu zwingen, lehnt die SPD ab. Wenn diese Kooperationen aber schließlich zu einer verringerten Anzahl regionaler Schulämter führen sollten, stößt dies auf Ablehnung der SPD. Die Sozialdemokraten werden die offenen Fragen zum Gesetzentwurf in der Anhörung im Kulturpolitischen Ausschuss klären.

Hessen braucht Ausbildungsgarantie

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Einführung einer Ausbildungsgarantie gefordert. **18.640** junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren sind in Hessen im September dieses Jahres arbeitslos gemeldet. Allein das ist Grund genug, um ausführlich die damit verbundenen Probleme zu diskutieren. Hinter jeder und jedem jugendlicher Arbeitslosen steht ein einzelnes Schicksal. Jährlich beginnen rund 17 000 Jugendliche in Hessen nach der Schule weder

eine Ausbildung noch ein Studium, sondern finden sich in so genannten Übergangssystemen wieder. Der SPD geht es um eine grundsätzliche Änderung des bisherigen, unüberschaubaren Übergangssystems. Bisher sind viele Maßnahmen nicht zielgerichtet und setzen zu spät an. Daher hat die SPD-Landtagsfraktion bereits im Frühjahr vergangenen Jahres eine verbindliche Ausbildungsgarantie für alle unter 35 Jahren gefordert und ein entsprechendes Eckpunktepapier vorgelegt. Demnach soll ein auf mindestens zehn Jahre angelegtes Programm zusammen mit den Sozialpartnern aufgelegt werden, das jedem und jeder einen Anspruch auf berufliche Qualifikation eröffnet. Denn diese ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die SPD strebt daher die Stärkung des Erfolgsmodells der dualen Ausbildung an. Hier müssten vor allem kleineren Betrieben die Ausbildung erleichtert werden. Wichtig ist, das bisherige System der Warteschleifen zu durchbrechen, bei dem junge Menschen viel zu oft eine Qualifizierungsmaßnahme nach der anderen durchliefen, ohne dass sich ihnen dadurch dauerhafte berufliche Perspektiven eröffneten. Die SPD-Landtagsfraktion forderte die Evaluation bestehender Qualifikationsangebote mit Blick auf die Wirksamkeit und einer besseren Koordination. Hessen hat gegenüber anderen Bundesländern erheblichen Nachholbedarf. Das SPD-Konzept soll sowohl für die jungen Menschen, als auch für die hessische Wirtschaft Verbesserungen bringen, damit auch in Zukunft qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Steuerfahnder endlich rehabilitieren!

Die SPD hat in einer aktuellen Stunde die Fraktionen und die Landesregierung aufgerufen, die durch falsche Gutachten gegen ihren Willen in den Ruhestand versetzten kritischen Steuerfahndern Wiedergutmachung zu gewähren und sie vollständig zu rehabilitieren. Die jetzt bekannt gewordenen Schadenersatzurteile sind zwar noch nicht rechtskräftig und schon gar nicht geht es darum, diese Urteile zu bewerten. Aber sie sind Anlass, über die Situation der Betroffenen zu sprechen, die als Steuerfahnder kaltgestellt wurden, weil sie die Schonung reicher Steuersünder nicht mitmachen wollten. Sie erlebten in der Folge schlimme Jahre in der Finanzverwaltung, um schließlich als psychisch krank gebrandmarkt und zum Psychiater geschickt zu werden, der sie mit einer Falschdiagnose von „paranoid-querulatorischen Störungen“ gegen ihren Willen in den Ruhestand schickte. Mehr als sieben Jahre nach der zwangsweisen Inruhestandsversetzung und rund dreizehn Jahre nach dem Ausgangskonflikt ist es jetzt an der Zeit, sich bei den Betroffenen endlich zu entschuldigen.

Starkes hessisches Signal in Richtung Berlin ist wichtig

Die SPD-Landtagsfraktion hat den einstimmigen Beschluss der Verkehrsminister-Konferenz, der eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel auf 8,5 Milliarden Euro vorsieht, um die Zukunft des ÖPNV zu sichern, ausdrücklich begrüßt. Nun müssen Bundesfinanzminister Schäuble und Bundesverkehrsminister Dobrindt handeln. Mit der Verlängerung des entsprechenden Gesetzes über die Regionalisierungsmittel soll die Finanzierung für den ÖPNV gesichert werden. Die SPD-Landtagsfraktion forderte den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier auf, auf seine Parteifreunde in Berlin seinen Einfluss geltend zu machen und darauf hinzuwirken, dass das Regionalisierungsgesetz fortgeführt wird.

Die Bundesregierung muss die entsprechenden Mittel bereitstellen. Aber auch die hessische Landesregierung muss ihre Hausaufgaben machen. So hat auch die schwarz-grüne Landesregierung keine originären Mittel für den Landeshaushalt bereitgestellt. Außerdem liegt immer noch kein schlüssiges ÖPNV-Konzept für Hessen vor, das den unterschiedlichen Herausforderungen im ländlichen Raum und Ballungsraum gerecht wird. Schwarz-Grün könne bei der Finanzierung nicht nur auf ein nicht absehbares Verhandlungsergebnis mit der Bundesregierung setzen, sondern müsse ihrer Verantwortung gerecht werden.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde